Unser Viertel

Sozialdemokratische Zeitung für das Gutleut- und Bahnhofsviertel

Dezember 1992

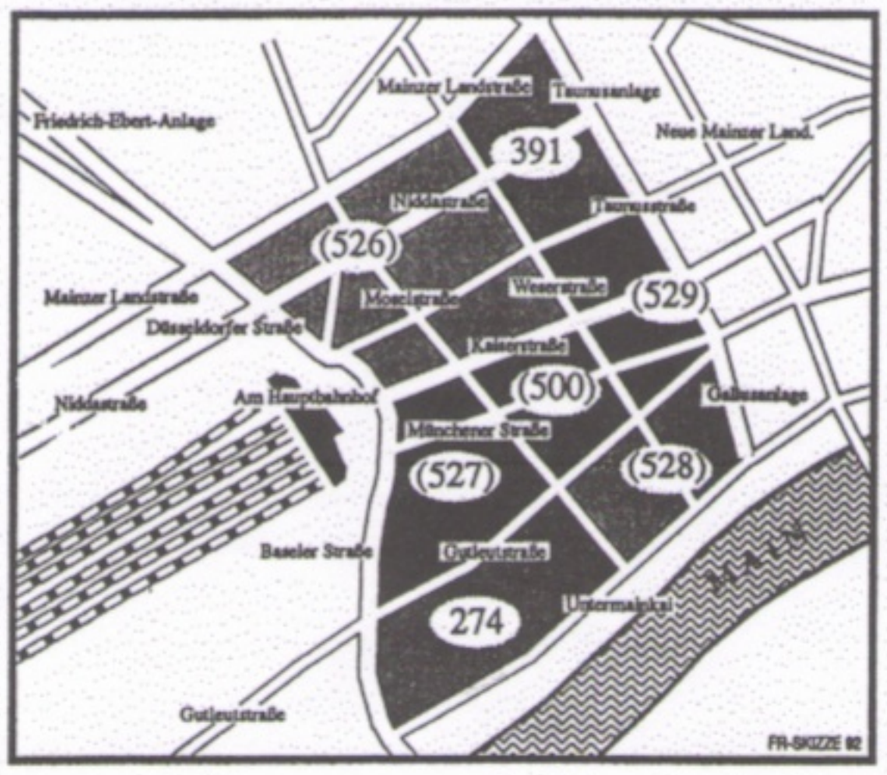
Gute Nachrichten für die Mieter im Bahnhofsviertel

Seit Jahren fehlen verbindliche Bebauungspläne für das Bahnhofsviertel. Schon der frühere CDU-Magistrat hatte sie versprochen, aber nicht gehandelt.
Jetzt verkündete Planungsdezernent Wentz (SPD) den sogenannten Offenlage-Beschluß für den ersten Bebauungsplan (Nr.500) für das Bahnhofsviertel, dem in Kürze noch vier weitere folgen werden. (Siehe untenstehende Zeichnung)

In den neuen Bebauungsplänen sollen große Teile des Viertels komplett als Wohngebiete ausgewiesen werden. In anderen Teilen soll ein fester Prozentanteil (von 15 - 75%) an Wohnungen festgelegt werden, der geschützt ist.

Die SPD-geführte Stadtregierung möchte damit den Anteil der Wohnbevölkerung im Bahnhofsviertel wieder deutlich erhöhen.

Das Gebiet der neuen Toleranzzone ist für Bordelle u.ä. vorgesehen; dies hat zu Fällen von Mietervertreibung geführt.



Die Zukunft des Bahnhofsviertels
Informationsveranstaltung der SPDBahnhof/Gutleut
21.Jan.1992 19³⁰ Uhr
im Gemeindesaal der Weißfrauengemeinde mit
dem
Personaldezernenten der Stadt Frankfurt
Achim Vandreike
und einem Vertreter des Planungsdezernates

Aber auch hier hat der Magistrat gute Nachrichten:

Um den Druck auf diese Mieter zu mildern, möchte der rot-grüne Magistrat eine zweijährige "Veränderungssperre" erlassen, mit deren Hilfe die Stadt Bauanträge und beantragte Nutzungsänderungen (z.B. bei der Umwandlung von Wohnhäusern in Bordelle) ablehnen kann.

Bebauungspläne für das Bahnhofsviertel und eine befristete Veränderungssperre für die Toleranzzone hatte übrigens der Ortsbeirat 1 auf Antrag der SPD-Fraktion erst wenige Wochen vorher gefordert. Wir freuen uns, daß jetzt im Römer gehandelt wurde.

Ausländer raus !?

Wäre Deutschland dann besser dran?

Dabei vergeßen wir leicht, daß die ausländischen Arbeitnehmer in Deutschland, genau wie wir auch, Steuern und Sozialversicherungsbeitäge in unsere Staatskasse bezahlen. Ohne Ausländer würde mancher Wirtschaftszweig, wie z.B. Gastronomie, Bergbau oder Krankenhäuser zusammenbrechen. Im übrigen schafft die Konsumnachfrage der Ausländer in Deutschland bei uns sogar Arbeitsplätze.

Denken wir auch daran, daß die hier lebenden Ausländer unsere Kultur bereichern und unser Leben interessanter machen.

In die Pizzeria gehen wir doch alle. Und wer hat nicht schon afrikanischen Schmuck auf dem Flohmarkt oder türkischen Bauchtanz auf einem Straßenfest bewundert ? Amerikanische Rockmusik wird dort genauso gespielt wie deutsche Volksmusik, und Döner Kebab ist dort so beliebt wie Currywurst oder Kartoffelpuffer.

Deutschland ist ja längst zu einem **multikulturellen** Land geworden. Und das ist auch gut so!

Daß Deutschland hauptsächlich vom Export lebt, weiß heute jeder. Wir können es uns deshalb schon aus wirtschaftlichen Gründen gar nicht leisten, uns nach außen abzuschirmen.

Und was die Kriminalität angeht: natürlich gibt es kriminelle Ausländer und gegen die müssen wir uns mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zur Wehr setzen. Aber Kriminalität ist keine Frage der Nationalität, sondern des Charakters !

Die Fakten widerlegen die meisten Vorurteile.

Wir alle haben ausländische Nachbarn und Arbeitskollegen. Und mal ehrlich: die meisten davon sind doch weder besser noch schlechter als unsere deutschen Bekannten. Eben Menschen wie Du und ich.

Wußten Sie übrigens, daß Deutschland einen geringeren Anteil an Ausländern als viele seiner Nachbarländer hat?

Zum Thema Asyl: Auch in dieser Frage wird bedauerlicherweise mehr mit Schlagworten als mit Fakten argumentiert.

Eines ist sicher: wirklich politisch Verfolgte müssen das Recht auf Asyl bei uns behalten. Viele Deutsche (z.B. Willy Brandt oder Albert Einstein) haben während der Nazi-Diktatur nur deswegen überlebt, weil andere Länder sie als Flüchtlinge aufgenommen haben.

Andererseits stimmt es natürlich auch, daß ein großer Teil der Asylanten hier keine wirklichen politischen Flüchtlinge sind.

Was tun ?

Die meisten wirklich hilfreichen Maßnahmen, die eine Erleichterung bringen würden, wie z.B. eine Beschleunigung der Asylverfahren, verzögert und verschleppt die Bundesregierung (sprich: CDU und FDP), die immer laut nach einer Grundgesetzänderung schreit und so tut, als seien damit alle Probleme gelöst

Wer's glaubt, ist selber schuld !

Die SPD und ihr Vorsitzender Björn Engholm hat auf ihrem Bundesparteitag im November konstruktive Lösungsvorschläge für das Problem der Einwanderung, einschließlich einer Ergänzung des Grundgesetztes, gemacht. jetzt ist die CDU/CSU daran zu zeigen, daß es ihr wirklich um Handeln und nicht nur um Stimmungsmache geht.

Gerade der Fremdenhaß in Ostdeutschland, wo viel weniger Ausländer leben als bei uns, zeigt sehr deutlich, daß Ausländer zu Sündenböcken gemacht werden für Dinge, die sie nicht zu verantworten haben. Die wirtschaftliche und soziale Lage in der ehemaligen DDR ist in der Tat verheerend. Die Frustration unserer Landsleute dort ist sehr verständlich. Aber schuld daran sind nicht die Ausländer und Asylanten, sondern in erster Linie das kommunistische Wirtschaftssystem der letzten 40 Jahre und in zweiter Linie die verfehlte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

Die ausländerfeindlichen Gewalttaten haben übrigens auch schon die ersten ausländischen Firmen dazu bewogen, auf (dort dringend benötigte) Investitionen in den neuen Bundesländern zu verzichten.

Sicher ist, daß die Asylfrage, ob mit oder ohne Grundgesetzänderung, nicht auf kommunaler Ebene gelöst werden kann. Bei den kommenden Kommunalwahlen sollten deshalb ganz andere Themen im Vordergrund stehen.

Impressum
"Unser Viertel" wird herausgegeben vom SPD-Ortsverein Bahnhof/Gutleut
V.i.S.d.P. Gregor Amann
Graphische Gestaltung: Arne Knudt
SPD-Gallus

Skandal:
Gewalt und Terror in Deutschland

Täglich lesen wir neue Horrormeldungen in der Zeitung: Ausländer werden auf offener Straße angepöbelt und verprügelt, Asylantenheime werden angegriffen, Menschen werden ermordet. Selbst vor Kindern machen die Gewalttäter nicht halt.
Eine Schande für unser Land !
Der Frankfurter SPD-Ortsverein Bahnhof/Gutleut verurteilt die ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Deutschland mit aller Schärfe ! Hier handelt es sich nicht um eine Form politischen Protestes, sondern um menschenverachtenden Terrorismus! Wessen Geistes Kind die Gewalttäter sind, zeigen die gleichzeitigen Verwüstungen von Gedenkstätten der Naziverfolgung und von jüdischen Friedhöfen.

Wir appellieren an alle Bürger, unabhängig ihrer politischen Überzeugungen, sich der Ausländerfeindlichkeit und Gewalt in unserem Land entgegenzustellen.
Auch wenn bestimmte Politiker die Stimmung noch anheizen: kein Problem in unserer Gesellschaft rechtfertigt diese Gewalt !
Nicht Haß und Vorurteile, sondern Toleranz und Solidarität mit unseren ausländischen Mitbürgern sind jetzt notwendig.
Natürlich schaden diese Ausschreitungen auch dem Ansehen Deutschlands in der Welt und unserer Wirtschaft.
Praktizieren wir Vernunft und Menschlichkeit und erinnern wir uns an Artikel 1 unseres Grundgesetzes: **Die Würde des Menschen ist unantastbar.**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 7. März 1993 sind wieder Kommunalwahlen in Hessen. Es werden eine neue Stadtverordnetenversammlung und neue Ortsbeiräte gewählt. Wir vom SPD-Ortsverein Bahnhof/Gutleut sind stolz darauf, daß wir in den vergangenen vier Jahren mit unserer Arbeit im Ortsbeirat 1 (Bahnhof, Gutleut, Gallus, Innenstadt) einiges an Verbesserungen für unser Viertel erreichen konnten (manchmal mit, manchmal gegen die anderen Fraktionen).
Wir wollen nur einige wenige Punkte nennen:
Das Wurzelviertel im hinteren Gutleut wurde verkehrsberuhigt. Wir bleiben auch weiterhin am Ball.
Nach Einweihung des Behördenzentrums in der Gutleutkaserne wird das Gutleutviertel ein Parkplakettensystem erhalten, das den Anwohnern des Viertels die Parkplätze sichert.
Wir fordern dasselbe auch für das Wurzelviertel.
Vor dem Hauptbahnhof wurde ein oberirdischer Übergang eingerichtet. Wir haben einen Antrag zur Auslagerung der Gewerbeförderungsanstalt gestellt.
Aber vieles bleibt noch zu tun. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir uns weiter um drängende Probleme wie Parkraumnot, Sauberkeit und Sicherheit in unseren Straßen, Wohnungs- und Schulprobleme kümmern.
Dazu brauchen wir Ihr Vertrauen, aber auch Ihre Anregungen, Verbesserungsvorschläge und auch Ihre Kritik. Bei uns finden Sie stets ein offenes Ohr. Aus diesem Grund haben wir extra ***Ansprechpartner*** *benannt, um den Kontakt mit der Bevölkerung noch zu verstärken.*
Wenden Sie sich mit Ihren Anregungen oder Problemen an :

Jürgen Borgas, Tel. 25 37 21 (für das Wurzelviertel)
Gregor Amann, Tel. 23 67 00 (für das Gutleutviertel)
Irmingard Schlafke, Tel. 23 51 11 nach 17^{00} Uhr (für das Bahnhofsviertel)

Alle drei Genannten sind auch Kandidaten der SPD für den Ortsbeirat 1.
Wir werden versuchen, Ihre Vorschläge umzusetzen - entweder im Ortsbeirat oder an anderer geeigneter Stelle.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Karl-Heinz Bremmes, 1. Vorsitzender SPD Bahnhof/Gutleut (Tel. 253638)

Unser Viertel
Im Herzen von Frankfurt

Drogenpolitik

Konsequente Sicherheitspolitik in Form von polizeilichen Maßnahmen und soziale Hilfsangebote für Drogenabhängige schließen einander nicht aus, sie gehören zusammen und ergänzen sich.

Wer die Auffassung vertritt, daß effektive Drogenarbeit nur bei einer Beibehaltung der offenen Szene in der Taunusanlage möglich ist, kapituliert vor der Kriminalität. Jeder weiß, daß Drogenhandel und Beschaffungsdelikte eine wichtige Ursache der Kriminalitätsentwicklung sind.

Die Stadt Frankfurt wird daher ihren eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen.

Seit 1989 hat der rot-grüne Magistrat drei Krisenzentren mit Hilfsprogrammen - Elbestraße, Moselstraße und Rudolfstraße - eröffnet.

Das Krisenzentrum Rudolfstraße wurde 1990 erweitert, ein Kontaktcafe, Wasch- und Duschmöglichkeiten, Notschlafplätze für Drogenabhängige, sowie eine Rechts- und Konfliktberatungsstelle für Drogenabhängige und für betroffene Bürgerinnen und Bürger eingerichtet.

Das städtische Methadonprogramm, das inzwischen auf rund 300 Plätze erhöht wurde, soll auf 600 Suchtkranke erweitert werden. In der Schielestr. im Osthafen wurde vor wenigen Wochen ein alternativer Treffpunkt für die Abhängigen eingerichtet. Dadruch kann die Taununsanlage endlich wieder von der Frankfurter Bevölkerung als Erholungsfläche genutzt werden.

Die Drogenbekämpfung und Hilfen für die Abhängigen werden soweit wie möglich mit den Umlandsgemeinden abgestimmt.

Der Erfolg: die offene Drogenszene in der Taunusanlage wurde aufgelöst. Drogenhändler meiden Frankfurt zunehmend.

Die Stadt Frankfurt hat unter der Telefonnummer 75002530 (07^{30} -15^{30} Uhr) oder 79309201 (rund um die Uhr) ein "Beschwerdetelefon" eingerichtet, vor allem für die Anwohner rund um den Hauptbahnhof. Rufen Sie dort an, wenn Sie Hinweise, Beschwerden oder Ideen in bezug auf die Drogenszene und Sicherheitsprobleme in der Stadt haben.

Sicherheit in Frankfurt

Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Polizei in der Verbrechensbekämpfung, der Drogenpolitik und zur Problematik von Jugend und Gewalt wurde durch gemeinsame Arbeitsgruppen deutlich verbessert. Dies ist nach Ansicht der Polizei "bundesweit vorbildlich".

Auf Drängen, insbesondere des Oberbürgermeisters, wurde der Bundesgrenzschutz jetzt am Flughafen eingesetzt und damit über 120 Polizeikräfte in der City einsatzfähig.

Der zusätzliche Einsatz von siebzig Sicherheitskräften verbessert deutlich die Sicherheit in der Innenstadt und in U- und S-Bahnen. So ist zum Beispiel in den B-Ebenen, auf den U- und S-Bahnsteigen und in den Zügen die Raubkriminalität im vergangenen Jahr um 20 % zurückgegangen.

Gerade in der B-Ebene im Hauptbahnhof hat sich die Situation deutlich verbessert, wie jeder Anwohner bestätigen kann. Sicherheitskanzel, zusätzlicher Wachdienst, erhöhte Sauberkeit - endlich kann wieder jeder (und jede) ohne Angst die B-Ebene durchqueren.

In der Münchner Str. wurde die Staßenbeleuchtung verbessert.

Auch die Lokale im Bahnhofsviertel kontrolliert das Ordnungsamt jetzt schärfer: Wer Drogenhändler oder Hütchenspieler schützt, verliert die Nachtkonzession oder bekommt den Laden sogar komplett dichtgemacht. Der Magistrat unter Oberbürgermeister Andreas von Schoeler (SPD) handelt, während die CDU nur redet.

Kohl geht mit Möllemann durch Bonn. ***"Die SPD behauptet, wir seien an den ständigen Preissteigungen schuld"*** schimpft er und bleibt vor einem Geschäft stehen. ***"sieh dir das an, Jürgen, ein Kleid 50 DM, eine Hose 40 DM. Das sind doch phantastische Preise, oder?"*** Möllemann zieht den wiederstrebenden Kohl weiter und meint: ***"Laß uns schnell gehen, Helmut, das war eine Reinigung"***